



Peter Meiwald
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Dennis Rohde und Stephan Albani, halten Sie Wort und bewahren Sie unsere Region vor Genmais auf dem Acker!

Berlin, 01.02.2014

Peter Meiwald, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78040
Fax: +49 30 227-780
Email : peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro
Postanschrift:
Alter Postweg 25
26215 Wiefelstede
Telefon: +49 170 1824871
peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Zum Ergebnis der aktuellen namentlichen Abstimmung im Bundestag über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, die Bundesregierung aufzufordern, im EU-Ministerrat gegen die Anbauzulassung für den Genmais 1507 zu stimmen (Drs.-Nr. 18/180) erklärt Peter Meiwald, umweltpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen):

Fast niemand möchte Gentechnik auf dem Teller oder auf dem Acker. 88 Prozent der Menschen in unserem Land lehnen sie einer neuen Umfrage zufolge ab. Auch Union und SPD erkennen das in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich an. Trotzdem könnte bald zum ersten Mal seit 15 Jahren wieder Genmais auf unseren Feldern erlaubt werden. Die Regierungen der EU-Staaten werden am 11. Februar in Brüssel darüber abstimmen. Es geht um den Gentech-Mais „1507“, der selbst ein Insektengift produziert und außerdem die Behandlung mit dem gefährlichen Unkrautvernichtungsmittel Glufosinat verträgt.

Der neue Gentech-Mais ist um ein Vielfaches giftiger als sein Vorgänger MON810, der aufgrund seiner ökologischen Risiken aus guten Gründen in Deutschland verboten ist.

Wir Grüne im Bundestag haben deshalb bereits im Dezember vergangenen Jahres beantragt, dass die Bundesregierung in Brüssel deutlich „Nein“ zur Genmais-Zulassung sagt. Über den „Europa-Artikel“ (Art. 23) des Grundgesetzes kann der Bundestag die Regierung in wichtigen EU-Fragen auf ein bestimmtes Handeln festlegen.

Leider haben die lokalen SPD- und CDU-Wahlkreisabgeordneten Dennis Rohde und Stephan Albani bei der namentlichen Abstimmung im Bundestag mit ihren Fraktionen gegen unseren Antrag gestimmt, so dass die Bundesregierung sich voraussichtlich in Brüssel enthalten wird, da sie sich nicht auf eine gemeinsame Position einigen kann.



Schade, schade! Denn das steht im klaren Widerspruch zur Position der SPD, die sich in den letzten Jahren stets gegen die Agrogentechnik ausgesprochen hat. Erst vor wenigen Tagen hat Parteichef und Vizekanzler Sigmar Gabriel erklärt, er sei selbstverständlich klar gegen die Genmais-Zulassung. Letzten Sonntag hat sogar der SPD-Parteitag beschlossen, die Bundesregierung solle in Brüssel gegen den Genmais stimmen.

Ich frage mich, wie Rohde und Albani das ihren Wählerinnen und Wählern erklären wollen, wenn demnächst tatsächlich Genmais bei uns in der Region angebaut wird. Es ist eine Illusion, Deutschland könne dauerhaft gentechnikfrei bleiben, wenn die Regierung durch ihre Enthaltung die Zulassung neuer Gentech-Pflanzen auf EU-Ebene mit durchwinkt.

Die fehlende klare Positionierung im Parlament gegenüber der gentechnikfreundlichen CDU und Angela Merkel setzt die Gentechnikfreiheit Deutschlands aufs Spiel. Eine Zulassung des Gentech-Maises schadet Landwirten, Imkern und unserer Ernährungswirtschaft, weil ihnen hohe Kosten und großer Aufwand zur Reinhaltung ihrer Produkte vor gentechnischen Verunreinigungen entstehen.

Ich fordere daher alle CDU- und SPD-Bundestagsabgeordneten auf: Nutzen Sie die verbleibende Zeit bis zum 11. Februar, um gegenüber Kanzlerin Merkel deutlich zu machen, dass wir Niedersächsinnen und Niedersachsen Gentechnik auf Acker und Teller kategorisch ablehnen. Setzen Sie sich in ihrer Koalition energisch für ein Nein der Bundesregierung zum Gentech-Mais ein und kämpfen Sie dafür, dass Deutschland auch bei den anderen EU-Staaten dafür aktiv wirbt!

Aktuelle SPD-Zitate zu Gentechnik:

SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel am 23. Januar (Quelle: dpa)

„Die Haltung des Wirtschaftsministeriums ist klar: Wir lehnen die Zulassung der gentechnisch veränderten Maissorte ab“

Beschluss des SPD-Bundesparteitags vom letzten Wochenende:

Zulassung von gentechnisch verändertem Mais 1507 ablehnen
Der Bundesparteitag bekräftigt die ablehnende Position der SPD zur Zulassung von gentechnisch verändertem Mais 1507.



Ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland und Europa lehnt den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und ihren Einsatz in Lebensmitteln ab. Für eine Vielzahl deutscher Unternehmen in der Lebensmittelwirtschaft ist der Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen ein Qualitätsmerkmal und existenzieller Wettbewerbsvorteil. Der internationale Markt für gentechnikfreie Lebensmittel aus Europa, an welchem mittlerweile hunderttausende von Arbeitsplätzen hängen, wächst stetig.

Der Bundesparteitag begrüßt das klar ablehnende Votum des Europäischen Parlamentes gegenüber der Zulassung des Mais 1507. Wir bestärken die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung in ihrer ablehnenden Haltung und erwarten, dass die Vereinbarung des Koalitionsvertrages Bestand hat, die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik anzuerkennen.